

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

ersch. wochentl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-Pfg. freibl. auschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspfg., Sonntags-Nr. 30 R.-Pfg. Anzeigenpreise: 6 gesp. Zeitzelle 0,15 R.-M., 12 gesp. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-M., 3 gesp. Zeitzelle 0,45 R.-M., Hinweise auf Anzeigen und Eingänge 0,10 R.-M., Nachweise und Offertengebühr 0,20 R.-M., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Beörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen. Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsvorleger-Vereins (S. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolfenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dähler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Begleitet weit verbreitet in den Ortsgemeinschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolfenburg und Ziegelheim.

Nr. 273

Donnerstag, den 24. November 1927

50. Jahrgang.

Abschluß der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Amtlicher Teil.

Viehählung.

Am 1. Dezember hat eine Viehhählung stattgefunden, die sich auf die Zahl der viehhaltenden Haushaltungen, Pferde, Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Federvieh, Bienenstöcke und der nichtbehaupflichtigen Hausfliegen bezieht. Die Hählung erfolgt durch Umfrage. Personen bei denen der Zähler am 1. Dezember nicht war, werden veranlaßt, dies am nächsten Tag nachmittags 4-5 Uhr auf der Polizeiwache zu melden. Wer wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder die geforderte Anzeige seines Viehbestandes unterläßt, wird mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil dem Staate verfallen erklärt werden.

Waldenburg, den 23. November 1927. Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Im zusammengefaßten Schulbezirk Waldenburg wird im Monat November 1927 die Durchführung der berechneten Schuljahrplanung durch Herr Zahnarzt Dr. Weller, Waldenburg, begonnen. Die Durchführung ist kostenlos, während die etwaige Zahnbehandlung den Angehörigen überlassen bleibt.

Glauchau, den 18. November 1927. Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Glauchau - Jugend- und Wohlfahrtsamt - Febr. v. Weid.

Strefemann verteidigte in Braunschweig seine Locarno-Politik.

Die Vorstandstagung der deutschen Volkspartei in Braunschweig wurde gestern geschlossen.

Im Reichstag wurde gestern das Pariser Handelsabkommen in 1. und 2. Lesung angenommen.

Ein kommunistischer Antrag auf Auflösung des Reichstags wurde abgelehnt.

Infolge des starken Schneefalles in Mitteldeutschland sind überall Verkehrsstörungen eingetreten.

Zwischen der bayerischen Volkspartei und dem Zentrum wurde eine Arbeitsgemeinschaft vereinbart.

In Belgien hat Jasparr eine Neubildung des Kabinetts vorgenommen.

In der französischen Kammer verhinderten die Kommunisten die Erledigung des Marine-Gesetzes.

In verschiedenen russischen Städten sollen Kundgebungen für Trozki und Sinowjew stattgefunden haben.

Die estländische Regierung ist gestern gestürzt worden.

Die Kantonsregierung wurde von den Kommunisten gestürzt.

In Amerika kam es zu Bergarbeiter-Kunruhen.

Waldenburg, 23. November 1927.

Die Regierungskrise in Belgien, die am Montagabend mit dem formellen Rücktritt des Kabinetts Jasparr-Banderbelde geendet hat, dürfte dahin führen, daß Jasparr ein neues Kabinett unter Ausschluß der Sozialdemokraten bildet. Für uns wird dabei von besonderem Interesse sein, wer an Stelle Banderbeldes das Außenministerium übernehmen wird. Von den vier Außenministern, die das Locarnowerk geschaffen haben, ist Banderbelde der erste, der von der politischen Bühne abtritt. Auf die Locarnopolitik wird das aber kaum einen Einfluß ausüben; sie ist ohnehin schon veraltet, und Banderbelde ging es dabei ähnlich wie seinem französischen Kollegen Briand. Er vermochte sich mit seinem Verständigungswillen gegen seine Kabinettskollegen ebenso wenig durchzusetzen, wie Briand gegen Poincaré.

Wie wenig Einfluß Banderbelde tatsächlich besaß, zeigte sich besonders deutlich bei der Auseinandersetzung über die Frankfurterfrage und die Grenzhege. Banderbelde hatte damals der deutschen Regierung die Einsetzung eines unparteiischen Untersuchungsausschusses vorgeschlagen, aber er vermochte nicht das Kabinett für seinen Plan zu gewinnen. Schon damals hing das Schicksal Banderbeldes an einem Faden. Es sei nur daran erinnert, wie er von Genf nach Brüssel zurückkehren mußte, um an einem Kabinettsrat teilzunehmen, in dem sein Angebot an Deutschland endgültig zu Fall gebracht wurde.

Der Sturz Banderbeldes und seiner sozialdemo-

kratischen Kollegen ist jetzt bei einer Frage erfolgt, die ebenfalls mit dem Verständigungsproblem in einem gewissen Zusammenhang steht. Den Stein des Anstoßes bildete die Frage der Heeresreorganisation. Die Sozialdemokraten hatten als Preis für ihre Zustimmung zu dem Landesverteidigungsplan eine Herabsetzung der Dienstzeit von 10 auf 6 Monate verlangt, die die anderen Parteien in dieser Form nicht zugestehen wollten. Dabei muß festgestellt werden, daß auch der sozialdemokratische Vorschlag noch keineswegs als eine „Abrüstung“ angesehen werden konnte. Im Gegenteil, die Sozialdemokraten waren bereit, einer Verstärkung der Räder zuzustimmen, so daß man eher von Aufrüstung als von Abrüstung sprechen kann.

Noch unverhüllter tritt diese Aufrüstung natürlich in dem Entwurf des Kriegsministers hervor, soweit man hier überhaupt von einem Entwurf sprechen kann. Nach der amtlichen Mitteilung über den Rücktritt des Kabinetts konnte der Kriegsminister dem Ministerrat nur ein Exposé über die Lage und die Reorganisation der Armee vorlegen, in dem besonders die Einheiten, die Bewaffnung, das System der Befestigungen und die Herabsetzung der Dienstzeit behandelt wurden. Der Minister kam zu dem Schluß, daß es ihm unmöglich gewesen sei, gegenwärtig einen Gegenterwurf über die Herabsetzung der Dienstzeit vorzulegen, der die Billigung aller Mitglieder des Ministerrats hätte finden können. Er schlug daher vor, die ganze Militärfrage einem gemischten Ausschuss zu unterbreiten, der entsprechend dem im Jahre 1920 gebildeten Ausschuss zusammengesetzt sein sollte. Da die Mitglieder des Ministerrats sich über diesen Vorschlag nicht einigen konnten, beschloßen sie, dem König die Gesamtdemission zu überreichen.

Die Brüsseler Zeitung „Spir“ weiß übrigens einige Mitteilungen zu machen über die Beschlässe des von dem Kriegsminister eingesetzten Grenzausschusses. Dieser Ausschuss soll sich besonders mit dem Limburger Loch und dem Brückenkopf Maastriicht beschäftigt haben. Er soll beschloßen haben, längs der Linie Vierge-Neerhaeren betonierete Unterstände für Maschinengewehre bauen zu lassen. Die Forts am rechten Maasufer und einige am linken sollen unter Beachtung der Lehren des letzten Krieges wiederhergestellt werden, insbesondere sollen die Verteidiger gegen die Wirkung der Giftgase geschützt werden. Die Hauptverteidigungslinie soll durch besetzte, mittels betonierter Unterstände untereinander verbundene Stützpunkte gebildet werden, sie würde mit Vorposten besetzt werden, die eine plötzliche Ueberrumpelung zu vereiteln hätten.

Als Deutschland an seiner Ostgrenze zum Schutze gegen Polen ein paar betonierete Unterstände errichtet hatte, hieß es bekanntlich, diese Anlagen seien aggressiv, und Deutschland müßte sie wieder zerstören. Bei Belgien sind solche Befestigungen natürlich rein defensiv. Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe.

Strefemann verteidigt Locarno.

Gegen den Stahlhelm und Professor Foerster.

In einer öffentlichen Versammlung, die in Braunschweig im Anschluß an die Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei stattfand, hielt Reichsaussenminister Dr. Strefemann eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Wenn sich der Landesverband Braunschweig „Stahlhelm“ in seinen Forderungen an die politischen Parteien gegen die Fortsetzung einer Außenpolitik ausspricht, die von Demütigung zu Demütigung geführt habe, so muß ich das ganz entschieden zurückweisen, wie es auch die Volkspartei Braunschweigs bereits getan hat. Sollte es richtig sein, daß die deutschnationalen Braunschweiger dieser „Forderung“ nachgegeben haben, so stellen sie sich damit in schroffem Widerspruch gegen die deutschnationale Reichsparteileitung und die deutschnationalen Kabinettsmitglieder. Mit großer Entschiedenheit erklärte Dr. Strefemann, daß die Außenpolitik, die von der Londoner Konferenz über die Befreiung der Ruhr und der Sanktionsstädte, sowie der ersten Zone nach Locarno und Genf geführt habe, unbedingt fortgesetzt werde, auch wenn es dem oder jenem nicht gefalle.

Der Reichsaussenminister wandte sich alsdann mit besonderer Schärfe gegen den offenen Brief der Ortsgruppe Braunschweig der Deutschen Friedensgesellschaft und er-

klärte, daß die Kreise um Foerster und Mertens, die ihr eigenes Vaterland angreifen und Frankreich davor warnen, Deutschland zu trauen, die größten Verräter einer Verständigung und Befreiung, und somit die verhängnisvollsten Gegner der Verständigungspolitik seien.

Auf die finanzielle Lage eingehend, warf Dr. Strefemann die Frage auf, inwiefern die Kritik des Reparationsagenten an unserer Finanzpolitik berechtigt sei. Er erhob seine warnende Stimme gegen zahlreiche Erscheinungen in unserem Wirtschaftsleben, die bei Tausenden den Eindruck erwecken, als wären wir ein reiches Volk während wir in Wirklichkeit arm sind.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Groener 60 Jahre alt. Reichsverkehrsminister a. D. Erzellenz Groener vollendete am Dienstag seinen 60. Geburtstag. Groener ging aus der militärischen Laufbahn hervor, während der er auch größtenteils in Eisenbahnfragen tätig war. 1912 wurde er Oberleutnant und Chef der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab. Bei Kriegsausbruch organisierte er als Chef des Feld-Eisenbahnmessens die Truppentransporte nach und auf den Kriegsschauplätzen. 1916 wurde er als Generalleutnant Chef des Kriegsamt im Kriegsministerium. Als kommandierender General war er 1918 zunächst Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Kiew. Im November 1918 wurde er als Nachfolger des General Ludendorff Erster Generalquartiermeister. Ende November schied er aus dem Militärdienst aus und war dann vom 25. Juni 1920 bis 13. August 1923 Reichsverkehrsminister. Reichskanzler Dr. Marx richtete an Erzellenz Groener anlässlich seines Geburtstages ein Glückwunschtelegramm.

Am 19. und 20. November haben geheime Besprechungen der Verständigungskommissionen des Zentrums und der bayerischen Volkspartei stattgefunden. Das Ergebnis ist ein Entwurf für eine Vereinbarung zwischen Zentrum und bayerischer Volkspartei. Eine gegenseitige Bekämpfung bei den Landtags- und Reichstagswahlen soll damit ausgeschlossen werden.

Die westdeutschen kommunalen Verbände bereiten eine Protestkundgebung der deutschen Gemeinden gegen die vom Reichsbankpräsidenten Schacht in seiner Bochumer Rede erhobenen Vorwürfe über die Ausgabewirtschaft der deutschen Gemeinden vor. Er soll aufgefordert werden, konkrete Unterlagen für seine Behauptung zu beschaffen.

Infolge der in ganz Mitteldeutschland herrschenden Stürme und starken Schneefälle ist es zu erheblichen Verkehrsstörungen gekommen, die vor allem dadurch hervorgerufen wurden, daß die Signale und Weichen verweht und eingefroren waren, so daß die Züge vor den Einfahrtssignalen stehen bleiben mußten.

Der diesjährige Friedenspreis, den das Nobelkomitee des norwegischen Storting am 10. Dezember verteilt, wird dem deutschen Professor Quidde und dem Franzosen Ferdinand Bouffon zuerkannt werden.

Die deutsche Delegation für die Beratungen der vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf besteht unter Führung des Grafen Bernstorff aus Geheimrat Weizsäcker vom auswärtigen Amt, Oberst v. Büttcher, Reichswehrministerium, und Admiral v. Frelburg als Vertreter der Reichsmarineleitung.

Der deutsche Außenhandel zeigte im Oktober im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von 284 Millionen Mark gegen 242 Millionen im Vormonate. Die Ausfuhr hat im Oktober ihre Aufwärtsbewegung fortgesetzt und liegt um 28 Millionen Mark über der Ausfuhr des Vormonats.

Reichskanzler Dr. Marx hat an Reichsminister a. D. Gröner zur Vollendung seines 60. Lebensjahres ein Glückwunschtelegramm gerichtet, in dem er der großen Dienste, die Gröner dem alten Deutschland und dem neuen Reich geleistet hat, gedenkt.

Nach einer Meldung aus Saarbrücken ist infolge Ablehnung des Schiedspruches in der Eisenindustrie des